

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 - Schriftleitung Nr. 14574.
Postkonten Dresden Nr. 2486. - Stadtdirektion Dresden Nr. 140.



Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein- gefand 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellen- gesuche. - Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: J. E. Oberregierungsrat Hans Bloß in Dresden.

Nr. 249

Dresden, Sonnabend, 24. Oktober

1925

Reichsregierungs-Krise?

Deutschnationale Ablehnung. Austritt aus der Regierung?

Berlin, 23. Oktober.

Wie das Nachrichtenbureau des D. N. J. mitteilt, haben nach einer sich über den ganzen Tag hinziehenden Verhandlung der Partei- vorstand und die Landesverbandsvor- sitzenden der Deutschnationalen Volkspartei mit erdrückender Mehrheit folgende Ent- scheidung gefaßt:

In Fortführung der von der deutschnatio- nalen Reichstagsfraktion bereits ergriffenen In- itiative erklären der Parteivorstand und die Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei: Das nunmehr vorliegende Vertrags- ergebnis von Locarno ist für die Partei un- annehmbar.

Herr Weßharp kündigte zum Schluß der Sitzung an, daß er die deutschnationale Reichstagsfraktion auf Sonntag vor- mittag berufe, um nach diesem Beschlusse über die erforderlichen Schritte der Fraktion zu beraten.

Wie das Nachrichtenbureau des D. N. J. zu diesem Beschlusse erklärt, liegt der Sinn des Beschlusses darin, daß Reichsminister Schiele die Konsequenz seines Austrittes aus dem Kabinettsamt zu ziehen müsse. Von den beiden anderen, den Deutschnationalen zugewand- ten, aber als Nichtmitglieder des Reichstages der Fraktion nicht angehörenden Ministern v. Schlieffen und Neuhaus hat sich jener schon vor einigen Tagen in dem Sinne ge- äußert, daß er aus der Stellungnahme der Fraktion die Konsequenzen ziehen werde. Vom Minister Neuhaus ist eine Willensmeinung noch nicht bekannt geworden.

Die „maßgebende Entscheidung“.

Berlin, 23. Oktober.

H. T. B. erklärt von dem Vorstand der Reichstagsfraktion der Deutschnatio- nalen Volkspartei, daß die maßgebende Entscheidung über diese Frage von der Be- schlussfassung der deutschnationalen Reichs- tagsfraktion abhängt, die erst am Sonnt- ag nachmittags zusammentritt. Alle vor dieser Entscheidung an die heutige Entscheidung geknüpften Schlussfolgerungen entspringen somit der tatsächlichen Grundlage.

Die Auffassung der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 23. Oktober.

Von maßgebender völkischer Seite er- klärt H. T. B., daß die durch den Beschluß der deutschnationalen Delegiertenverfam- lung geschaffene Lage nicht als endgültig angesehen werde. Die Deutsche Volkspartei habe das Vertrauen zu den Deutschnationalen, daß sie bei der endgültigen Stellung zu der Angelegenheit sich der Folgen auf außen- und innenpolitischem Gebiet bewußt sein würden. Die Deutsche Volkspartei könne danach nur annehmen, daß sich die Aufrecht- erhaltung der gegenwärtigen Regie- rungskoalition und auf dieser Grundlage die weitere Verfolgung der mit der Rote vom 20. Juli beschrittenen klaren außenpoliti- schen Linie werde ermöglichen lassen.

Die Berliner Presse zu dem Beschluß.

Zum Beschluß des Parteivorstandes und der Landesparteivorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei bemerkt die

„Deutsche Tageszeitung“

daß durch den Beschluß restlose Klarheit geschaffen worden sei. Bezüglich der Folgen des Beschlusses legt das Blatt, es ließe sich sehr gut denken, daß das Reichskabinet den Beschluß nur als eine Nebenbedingung für weitere Ver- handlungen mit der Entente benützen werde, die sich nunmehr darüber klar sein müsse, daß sie

die von Deutschland angebotenen Opfer mit wirklich entsprechenden Gegenleistungen ausgleichen müsse. Der deutschnationale Beschluß brauche also durch- aus nicht ohne weiteres Anlaß zu einer Regierungskrise zu sein.

Die „Tägliche Rundschau“

schreibt: Durch den Beschluß sind die deutschnationalen Mitglieder des Reichs- kabinetts, die sich auf den Boden der Verträge von Locarno gestellt hatten, voll- kommen desavouiert worden. Wenn die Deutschnationalen bei ihrem Beschlusse verharren sollten, das Wert von Locarno zu zerstören, so müßten für alles, was folgen würde, die Deutschnationalen die volle Verant- wortung tragen. Es handle sich hier gar nicht

allein um das Wert von Locarno, sondern um die gesamte Arbeit des Reichskabinetts während der vergangenen zehn Monate.

Die „Germania“

schreibt: Natürlich wird sich der Reichsfinanz- minister Dr. Luther bemühen, dem deutschnationalen Beschluß die Spitze abzubreaken, um das Ergebnis von Locarno und sein Kabinettsamt zu retten. Wenn ihm das gelingen sollte, dann gewiß nur durch Spaltung der Deutschnationalen.

Die „Völkische Zeitung“

hält für den Fall, daß die Deutschnationalen wirk- lich aus der Regierung auscheiden, es für un- möglich, daß dieser Reichstag den

Vertrag von Locarno verabschiede. Dann werde sich die Reichsregierung einschließen müssen, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen durchzuführen.

Auch der „Vorwärts“

betont, daß eine innerpolitische Krise nur durch Befragung des Volkes zu lösen sein werde.

Information der Fraktionsvorsitzenden in Bayern.

München, 23. Oktober.

Für morgen, Sonnabend, hat der bayerische Ministerpräsident die Fraktionsvorsitzenden des bayerischen Landtages zu einer Aus- sprache und zu Mitteilungen über Locarno und über die jüngste Beratung der Ministerpräsidenten in Berlin zu sich geladen.

Chamberlain vor der britischen Presse.

London, 23. Oktober.

Beim Empfang von Vertretern der britischen und der Presse der Dominions erklärte Chamberlain: Die Verträge von Locarno sind der Ausdruck einer wirklichen Entschlossenheit zum Frieden. Diejenige Nation, die den im Locarno beschlossenen Frieden stört, wird den Fluch der ganzen Welt auf sich ziehen. Dies ist das erste Abkommen, das allen in Betracht kommenden die größte Sicherheit gibt und alle Feinde verhöhnt, ohne alte Freundschaften zu beeinträchtigen. Locarno hat einen wirklichen Beitrag zum Weltfrieden geliefert. Die britische Regierung beabsichtigt, ebenso wie die übrigen dort vertretenen nationalen Regierungen, für die Abkommen voll einzustehen. Chamberlain erklärte dann auf Anfragen:

1. Der Vertrag bindet kein Dominion, außer wenn es sich freiwillig dazu verpflichtet.
2. Bisher verhinderten Argwohn und Furcht die Durchführung der Abrüstung. Diese müssen beseitigt werden. 3. Europa verfehlt keineswegs Rußland. Dieses hält sich selbst fern. 4. Die Regelung der östlichen Fragen war viel leichter, als ich erwartet hatte.
5. Es besteht keine Frage über einen Mandatswechsel. Wenn einer erforderlich wird, ist Deutschland für ein Mandat, wie jedes andere Land wählbar.

Auf die Frage, ob es nicht besser wäre, den Gebrauch des Wortes „Allierte“ fallen zu lassen, antwortete Chamberlain: Ich bin gegen jedes Wort, das eine Spaltung Europas in Gruppen bedeutet. Wir wollen den Gedanken los werden, daß zwei Völker, weil sie Freunde sind, not- wendigerweise gegen ein anderes Volk Komplote schmieden müssen. Die gesamte Grundlage unserer Veröhnung mit Deutschland ist die unerschütterliche Freundschaft zwischen Frankreich und uns.

Die Deutsche Reichsbahn im September.

Berlin, 23. Oktober.

Von der Verwaltung der Reichsbahn wird u. a. mitgeteilt: Im September ist der Güter- verkehr der Reichsbahn nach der gestellten Wagenzahl gestiegen. Im Durchschnitt wurden arbeitsmäßig etwa 5000 Wagen mehr als im Vormonat gestellt. Die Gründe dafür sind in erster Linie auf den zunehmenden Ernte- verkehr sowie auf den gesteigerten Versand von Kohlen, Düngemitteln, Karzifeln und Baustoffen zurückzuführen. Auch ist es gelungen, infolge mannigfacher Verbesserungen im Güterbeförderungsabienst den Verkehr von Autos wieder für die Reichsbahn zurückzugewinnen. Da- gegen sind in letzter Zeit bedeutende Güter- mengen, die bisher auf der Bahn befördert wurden, auf die Binnenwasserstraßen ab- gewandert. Für den Kohlenverkehr sind im Vormonat, darunter 9000 im Ruhrgebiet. Im

Stresemann über Locarno.

Dr. Stresemann über Locarno.

Karlsruhe, 23. Oktober.

In einer Rede, die Reichsminister Dr. Strese- mann in Karlsruhe über die Verhandlungen von Locarno hielt, führte er folgenden aus:

Was bisher in Locarno geschaffen worden ist, kann die Zustimmung jedes Deutschen finden, der sich dessen bewußt ist, daß nur auf dem Boden friedlicher Einwirkung in Europa die innere und wirtschaftliche Wieder- erhaltung Deutschlands möglich ist. Aus voller Überzeugung haben wir uns zu diesem Deutsch- land des Friedens als Mittelpunkt eines friedlichen Europas bekant. Wir glauben uns damit in Übereinstimmung zu befinden mit der überwältigen- den Mehrheit des deutschen Volkes. Wenn Deutschland durch den Vertrag von Locarno den Beweis seiner dauernd friedlichen Einstellung gibt, dann muß aber das, was bisher geschaffen wurde, auch erweitert werden durch die Befestigung unserer Vertragskonventionen, auch ihrerseits die Folgerungen aus diesem neuen Stand der Dinge zu ziehen. Auch ohne jeden Zusammen- hang mit den Verhandlungen in Locarno muß zunächst

die Differenz wegen der Befestigung der ersten Rheinlandzone beseitigt werden. Die nördliche Rheinlandzone ist am 10. Januar nicht geräumt worden, und wer über den Geist des Vertrages in dem deutschen Volke sagt, der soll nicht vergessen, daß gerade diese Nichterfüllung des Räumungstermins von Köln genügt, um diesem Vertrauen gegeben hat. Eine auf Vertrauen aufgebaute Politik der Zukunft muß die Kölner Frage bereinigen.

Ich habe Grund zu der Annahme, daß dies geschehen wird.

In bezug auf die Rückwirkungen handelt es sich vor allem um die Sorgen des Rheinlandes, das in den nach dem Vertrag besetzten Rhein- gebieten unter dem Druck einer übermächtigen Befestigung und unter dem Druck des Rhein- landregimes zu leiden hat. Jemand ein logischer Grund, neben dem Fall des Friedens durch eine jahrelange militärische Be- festigung zu sichern, liegt nicht vor.

Die Rückwirkungen des Sicherheitspactes können und müssen diese Entwicklung sicher- stellen.

Nur muß man sich auch in Deutschland klar darüber sein, daß man nicht gleichzeitig die Annahme des Pactes in Zweifel stellen und die weitgehendsten Maßnahmen als Rückwirkungen einer in Zweifel gestellten An- nahme verlangen kann. Unbewogen dient es der Sicherheit des Zustandekommens des Pactes, wenn man in bezug auf die eintretenden Rück- wirkungen alles der Zukunft überlassen will und von bedingungsloser Annahme der Verträge von Locarno spricht.

Die Stellungnahme der Reichsregierung und des deutschen Volkes soll darin bestehen, die Ent- scheidung zu fällen, sobald wir er- kennen können, daß das, was bisher in Locarno vor sich gegangen ist,

sich für das Rheinland auswirkt.

Das sage ich nicht aus irgendeinem Rig- orten heraus gegen die Staatsmänner, mit

denen wir in Locarno verhandelt haben. Ich lege vielmehr Wert darauf, zu erklären, daß die deutschen Delegierten die Verantwortung für die Paraphierung deshalb übernommen haben, weil sie selbst

davon überzeugt sind, daß die Herren Chamberlain und Vandervelde die Verhandlung mit Deutsch- land aus innerster Überzeugung

wollen und sich mit allen Kräften dafür einsetzen, daß, statt eines gegen Deutschland gerichteten Blocks der Siegerstaaten ein Zusammenwirken der europäischen Mächte erfolgt, zumal die Ent- wicklung nach dem Weltkriege wohl für jeden, der denken kann, ergeben hat, daß es europäische Sieger im Endergebnis dieses gewaltigen Welt- krieges nicht gibt, sondern nur ein aus tausend Wunden blutendes und deshalb in seiner geistigen Emanation und wirtschaftlichen Kraft geschwächtes Europa.

Dr. Stresemann legte dann dar, daß die Be- hauptung, daß die in Locarno vereinten Mächte beschützigen,

einen Block gegen Rußland zu schließen, vollkommen unrichtig sei, und erklärte, Deutschland würde eine solche Politik nicht mitmachen, da es auf die alten Be- ziehungen zu Rußland, die sich aus der Lage des Landes und der Beziehungen beider Völker ergeben, nach wie vor den größten Wert legt. Dieses Ziel der deutschen Politik wird auch durch die inneren Verhältnisse Ruß- lands für uns nicht beeinträchtigt, da wir es als Grundgesetz annehmen, und in innere Verhältnisse anderer Völker und Staaten nicht einzumischen, wie wir das von anderen Staaten und Völkern für uns voraussetzen.

Der Abschluß des deutsch-russischen Handels- vertrages

hat den Willen Deutschlands, mit Rußland in guten Beziehungen zu bleiben, klar und praktisch zum Ausdruck gebracht. Ich bin im übrigen überzeugt, daß die Stellungnahme der Westmächte sich mit dieser Stellungnahme im wesentlichen deckt.

In seinen weiteren Darlegungen führte Dr. Stresemann aus: „Wenn die Grundlagen ge- geben sein werden, um zu einem positiven En- dergebnis zu kommen, dann muß hinter diesem Ergebnis die große Mehrheit des ganzen Volkes stehen.“

Locarno darf keine Frage der Partei- politik sein.

Es darf nicht zum Ausgangspunkt innerpolitischer Zwistigkeiten gemacht werden. Wir sind ungebrochen als Großmacht in moralischer Beziehung. Der Friedenswille einer übermächtigen Mehrheit des deutschen Volkes kann und wird der Ausgangspunkt sein für eine Entwic- lung, die und diejenigen Möglichkeiten friedlicher und gleichberechtigter Betätigung eröffnet, die uns bisher versagt waren. Von Versailles bis Locarno war ein weites Weg. Von Locarno an wird ein weiterer Weg sein, um das zu erreichen, was das Ziel jeder deutschen Regierung sein wird und sein muß: der Wiederaufbau Deutschlands in einem zum gemeinsamen Nutzen vereinten Bestreben der Völker Europas.